



**Angst  
vor  
der  
Zukunft**

Der Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (*BumF*) setzt sich seit 1998 für geflüchtete Kinder, Jugendliche und Heranwachsende ein. Für die *Hinterland* haben Johanna Karpenstein und Tobias Klaus vom *BumF* die Ergebnisse ihrer jährlichen Umfrage unter Fachkräften in der Kinder- und Jugendhilfe kommentiert.

**W**ie geht es jungen Geflüchteten in Deutschland? Diese Frage können letztendlich natürlich nur die Jugendlichen selbst beantworten und die Antworten würden sehr unterschiedlich ausfallen. Eine Möglichkeit, dennoch eine zuverlässige Vorstellung der allgemeinen Situation zu entwickeln, besteht darin, die Erfahrungen der Fachkräfte in Kinder- und Jugendhilfe zu evaluieren. Unsere jährliche Online-Umfrage (durchgeführt im Herbst 2018) gibt uns Anhaltspunkte, auf deren Basis wir ein Stimmungsbild zeichnen.

Dazu haben wir Fragebögen von 723 Personen ausgewertet, die mit jungen Geflüchteten arbeiten – vor allem Betreuer\*innen, Vormunde oder Jugendamtsmitarbeiter\*innen. Obwohl keine repräsentative Zufallsstichprobe unter den Fachkräften gezogen wurde, kann aufgrund der großen Zahl der Teilnehmenden davon ausgegangen werden, dass die Ergebnisse eine hohe Aussagekraft besitzen.

### Angst vor Abschiebung und der Zukunft

Eines der zentralen Ergebnisse ist: Immer mehr Jugendliche leben in Angst vor Abschiebungen, müssen Rassismus erleben und haben Angst vor der Zukunft. Und: Diese Angst ist Gift für die Stabilisierung der Jugendlichen und ihren Lernerfolg. Der verschärfte gesellschaftliche und politische Diskurs gegenüber Geflüchteten schlägt sich hier negativ nieder.

Mehr Fachkräfte als noch in 2017 geben an, dass Jugendliche oft oder sehr oft durch Rassismuserfahrungen belastet sind (2018: 33,4%, 2017: 26,5%) und dass Jugendliche aus Angst vor Abschiebungen untertauchen beziehungsweise abgängig sind (2018: 50,9 %, 2017: 46,3%). So antwortet eine befragte Person aus Baden-Württemberg etwa auf die Frage, „Welche Besonderheiten/Schwierigkeiten gibt es bei Ihnen vor Ort im Kontext von Asylantrag, Anhörung und Klage im Asylverfahren?“:

*„Die Zeit des Wartens und die Angst vor der Ablehnung und einer möglichen Abschiebung ist für viele Jugendliche sehr schlimm. Vor allem bei psychisch sehr belasteten jungen Menschen erlebe ich immer wieder eine Retraumatisierung durch die Angst, wieder ins Heimatland zurück zu müssen und die damit aufkommenden Themen. Eine Verbesserung der psychischen Situation bei unklarer Bleibeperspektive erlebe ich trotz Therapie oft als kaum möglich.“*

Nach Angaben von mehr als der Hälfte der Teilnehmenden berichten die Minderjährigen weiterhin oft beziehungsweise sehr oft von Gewalt- und Missbrauchserfahrungen im Herkunftsland oder während der Flucht – ein nur geringfügiger Anstieg im Vergleich zum Vorjahr. Auch bei den Belastungsfaktoren zeichnet sich ein ähnliches Bild wie im Vorjahr ab: Aufenthaltsrechtliche Unsicherheiten und die Trennung von der Familie seien für beinahe alle der jungen

Geflüchteten (über 90%) stark belastend. Die Angst vor der Zukunft wird für über 80% der Befragten weiterhin am häufigsten als alltagsrelevante Beeinträchtigung genannt.

### Kleine Fortschritte in Betreuung und Unterbringung

Positiv ist: Die Qualität der Betreuung und Unterbringung wird deutlich besser bewertet als noch im Vorjahr. Am häufigsten wird die Qualität der Hilfen zur Erziehung als sehr gut oder gut bewertet, am seltensten die vorläufigen Inobhutnahmen. Es bestehen jedoch große regionale Unterschiede und in einigen Bundesländern wurden überwiegend schlechte Bewertungen abgegeben.

Auch bei den Hilfen für junge Volljährige ist ein positiver Trend festzustellen: Nach Angaben von etwa 78,8 Prozent der Teilnehmenden werden oft oder immer Hilfen für junge Volljährige bei ihnen vor Ort gewährt. Es fehlt jedoch weiterhin an einer flächendeckenden Absicherung des Regelrechtsanspruches. Besonders oft werden zu kurze Hilfestellungen problematisiert.

Laut knapp der Hälfte der teilnehmenden Fachkräfte ist eine Hilfestellung von unter einem Jahr die Regel. Kurze Bewilligungszeiträume führten jedoch dazu, dass von Jugendlichen große Schwierigkeiten nach Hilfebeendigung rückgemeldet werden. Eine Anschlussunterbringung erfolgt laut mehr als der Hälfte der Fachkräfte regelmäßig in Wohnungen. 39,4% geben jedoch an, dass Gemeinschafts- oder Obdachlosenunterkünfte die Regel sind.

Lärm, Enge, fehlende Privatsphäre, das (Mit-)Erleben von Gewalt in der Unterkunft und hygienische Probleme wirkten sich dann stark negativ auf verschiedene Bildungsfaktoren (physische und psychische Gesundheit, erholsamer Schlaf, Regenerationsphasen, Ruhe für Hausaufgaben et cetera) aus. Zentrale Aspekte wie die physische und psychische Gesundheit der Jugendlichen und jungen Erwachsenen, Räume und Gelegenheit für erholsamen Schlaf sowie Möglichkeiten für Regenerationsphasen und ein ruhiges Erledigen der Hausaufgaben sind in Gemeinschaftsunterkünften nicht gegeben. Effekte der Jugendhilfe würden ab Ankunft in der Sammelunterkunft oft zerstört werden, und es käme zu Ausbildungsabbrüchen, berichten die Fachkräfte.

### Prekäre Bildungsverhältnisse

Im Bildungsbereich ist der Konsolidierungsprozess nach den hohen Zugangszahlen in 2015 und 2016 am wenigsten weit fortgeschritten. Die Bildungssituation wird insgesamt etwas besser bewertet als noch im Vorjahr, die Bewertungen sind jedoch weiterhin besorgniserregend.

Der Zugang zu Bildung und Spracherwerb wird mit zunehmendem Alter schwieriger. Während die Bildungssituation bei unter 16-Jährigen von knapp drei Viertel der Befragten als gut oder sehr gut bewertet wird, geben dies bei über 18-Jährigen nur ein knappes Drittel der Befragten an. Es bestehen zudem große Unterschiede zwischen den Bundesländern, wobei jeweils unterschiedliche Bundesländer bei den verschiedenen Altersgruppen besonders gute oder besonders schlechte Noten erhalten.

Ein Beispiel für die regionalen Unterschiede hinsichtlich des Angebotes an Bildungsmaßnahmen ist Bayern: Hier sind Berufsschulen und schulanaloge Projekte seit einem Jahr gezwungen, die Berufsschulpflicht für junge Geflüchtete, denen keine „hohe Bleibeperspektive“ unterstellt wird, rigide und ausnahmslos auf unter-21-Jährige zu beschränken. Währenddessen kann die erweiterte Berufsschulpflicht für Geflüchtete mit sicherem Aufenthaltsstatus und solche aus den sogenannten Top-5-Ländern (Irak, Iran, Syrien, Eritrea und Somalia) weiterhin bis ins 25. Lebensjahr geltend gemacht werden, was bis 2018 noch allgemein der Fall war. Da die Berufsintegrationsklassen (BIK), die hiervon in erster Linie betroffen sind, oft die einzige Möglichkeit für geflüchtete Jugendliche darstellen, Mittelschulabschluss oder Quali zu absolvieren, stellt dies eine extreme Einschränkung der Perspektiven vieler junger Menschen dar.

Neben Qualitätsproblemen berichten Fachkräfte insbesondere von Schwierigkeiten beim Übergang in die Ausbildung und an weiterführende Schulen, wodurch mitunter Bildungsabbrüche erfolgen. Zudem wird in vielen Bundesländern von fehlenden Kapazitäten beziehungsweise fehlendem Schulzugang für über 18-Jährige und Schwierigkeiten durch rechtliche Hürden bei der Bildungsförderung berichtet, da etwa Asylsuchende aus bestimmten Herkunftsländern von Deutschkursen ausgeschlossen seien. Auch dies betrifft in erster Linie geflüchtete Jugendliche, die nicht aus den Top-5-Ländern kommen.

Handlungsbedarf besteht daher insbesondere bei jungen Volljährigen und zum Teil auch bei den 16- und 17-Jährigen. Damit nicht Kapazitäten und

Verteilungszufall über die Bildungsperspektiven entscheiden, begrüßt der Bundesfachverband das Konzept der erweiterten (Berufs-)Schulpflicht, welches in einigen Bundesländern eingeführt wurde. Gleichzeitig sollte der best practice-Austausch zwischen den Bundesländern insbesondere in Bezug auf den Übergang in die Berufsausbildung und an weiterführende Schulen gefördert werden, damit Bildungserfolge abgesichert und Bildungsabbrüche vermieden werden.

Die Heterogenität von Bildungsvoraussetzungen und bisherigen Bildungsbiographien junger Geflüchteter muss konzeptionell Berücksichtigung finden. Bildungsangebote müssen für junge Geflüchtete mit besonderen Voraussetzungen zugänglich sein, etwa für

überwiegend positiv bewertet wird, wird diese bei psychischen Erkrankungen von etwa der Hälfte der Befragten als schlecht oder sehr schlecht eingeschätzt. Zentrale Probleme sind lange Wartezeiten und die fehlenden Übernahmen von Sprachmittlungskosten.

Problematisiert wird von einem Teil der Fachkräfte auch, dass Minderjährige bei ihnen vor Ort über lange Zeiträume Krankenscheine statt Krankenkassenkarten erhielten. Dies würde zu Verzögerungen führen, darüber hinaus minimiere sich die Bereitschaft der Ärzt\*innen, Behandlungsprozesse einzuleiten; der bürokratische Aufwand erhöhe sich zudem erheblich. Darüber hinaus wird oft von einem vorurteilsbehaftetem Umgang mit jungen Geflüchteten berichtet, etwa durch die Verweigerung der Aufnahme als Patient\*in.

## ***Die entscheidenden Faktoren sind jedoch Sicherheit, Freiheit von Angst und eine zuverlässige Zukunftsperspektive***

Im Bereich der Versorgung psychischer Erkrankungen muss daher dringend gehandelt werden. Hierzu gehören unter anderem der Ausbau der Strukturen der psychosozialen Zentren durch Bundes- und Landesmittel sowie eine gesetzliche Sicherstellung der Erstattung

junger Menschen mit Behinderung und für junge Mütter.

### **Große Lücken in der psychosozialen Versorgung**

Bei psychischen Belastungen und Traumatisierungen der Jugendlichen fehlt es oft an professioneller Unterstützung. So schildert eine befragte Person aus Thüringen in Antwort auf die Frage, „Welche Besonderheiten/Schwierigkeiten bestehen bei Ihnen vor Ort im Bereich der Gesundheitsversorgung?“:

*„In der vorläufigen Inobhutnahme und der Inobhutnahme, bevor es eine Krankenversicherungskarte gibt, ist die ärztliche Versorgung sehr schwierig. Häufig kommen Jugendliche mit diffusen Schmerzen bei uns an, wir können jedoch anfangs nicht zum Arzt. Bei der psychischen Versorgung gibt es große Probleme. Wartelisten bei Refugio und Co sind viel zu lang, und bei Therapeuten Plätze zu bekommen, ist sehr schwer. Zudem haben wir häufig traumatisierte und auch manchmal höchst (auto-)aggressive Jugendliche.“*

Die psychosoziale Versorgung ist auch in dieser Umfrage weiterhin ein zentrales Problem. Während die Gesundheitsversorgung bei physischen Erkrankungen

von Sprachmittlungskosten. Minderjährige sollten so schnell wie möglich Krankenversicherungskarten erhalten, da das System der Krankenscheine zu Behandlungsverzögerungen führt und Diskriminierungen begünstigt. Die zuständigen Landesministerien sollten hierzu Handlungsempfehlungen erlassen.

### **Perspektiven und Akzeptanz**

Die in vielen Fällen entscheidenden Faktoren sind jedoch nichts weniger als Sicherheit, Freiheit von Angst und eine zuverlässige Zukunftsperspektive. Diese Faktoren können ohne aufenthaltsrechtliche Stabilität und gesellschaftliche Akzeptanz nicht gegeben sein. So antwortet eine befragte Person aus Sachsen auf die Frage: „Was stärkt die Jugendlichen im alltäglichen Leben aus Ihrer Sicht am meisten?“:

*„Was die Jugendlichen stabilisiert, ist Akzeptanz und Empathie. Die Jugendlichen sollen ernst genommen werden und ihre Wünsche, soweit sie realistisch und realisierbar sind, sollen in der Betreuung berücksichtigt werden. Sowohl innerhalb der direkten Jugendhilfemaßnahme, als auch vor allem in der Zusammenarbeit mit anderen Behörden und Netzwerkpartnern! Sie sollten als ganz normale Jugendliche am Leben in*

Johanna Karpenstein und Tobias Klaus sind Autor\*innen der Studie "Die Situation unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge in Deutschland" und arbeiten als Referent\*innen beim BumF

*Deutschland teilnehmen können und ohne Druck und Angst vor Abschiebung leben können. Die gebotene Perspektive muss realistisch und verlässlich sein. Besprochene Optionen müssen auch umgesetzt werden oder eintreten.“*

Die aufenthaltsrechtliche Perspektive, die Zusammenführung mit Angehörigen und die Kontinuität in Betreuungsstrukturen sind von zentraler Bedeutung für das Wohl der Kinder und Jugendlichen. Gesetzgebung und Verwaltung müssen hier dringend nachbessern. Psychosoziale Versorgung, Familienzusammenführungen und aufenthaltsrechtliche Perspektiven müssen stärker ermöglicht werden als bisher.

Besorgniserregend ist die zunehmende Belastung durch Rassismuserfahrungen. Der BumF begrüßt daher Programme, die Rassismus und Diskriminierung entgegenwirken und die Jugendliche stärken. Wir appellieren an Medien und Politik, einen verantwortungsvollen Diskurs zu jungen Geflüchteten zu führen. Weiterführende und berufsbildende Schulen müssen sich vielerorts konzeptionell besser auf den Übergang von jungen Geflüchteten in die Regelsysteme einstellen und hierbei angemessen ausgestattet und unterstützt werden. Die Jugendhilfe sollte hierbei mit niedrigschwelligen Unterstützungsangeboten zur Seite stehen.<

*Anmerkung der Redaktion: Die Umfrage, die dem Artikel zu Grunde liegt, steht online unter [www.b-umf.de](http://www.b-umf.de) zur Verfügung („Umfrage unter 723 Fachkräften: Junge Flüchtlinge leiden häufiger unter Rassismus und Angst vor Abschiebungen“, 21.05.2019)*